

Italien stellt 76 der insgesamt 720 Europaabgeordneten. Nach der jüngsten und zugleich letzten Umfrage zur Europawahl käme die FdI auf 26,5%, ihre Koalitionspartner, die FI und die europaskrupptische Lega, die einst für einen EU-Austritt Italiens plädiert hatte, auf 9,2% sowie 8,6%. Die oppositionelle PD erreicht laut der Erhebung 22,5%, die VSI 4,6% und die europakritische Fünf-Sterne-Bewegung (MIS) 15,4%. Für die Europawahl gilt eine 4%-Hürde. AgE

PROF. GRETHE IM INTERVIEW

Agrarpolitik muss Chancen eröffnen

Grethe formuliert Anforderungen an eine zukunftsfähige Agrarpolitik.

BERLIN. Eine Wirtschaftspolitik für den Agrarsektor schlägt der Direktor von Agora Agrar, **Prof. Harald Grethe**, vor. Dabei müsse es darum gehen, in zukunftsorientierte Wertschöpfungsketten zu investieren, etwa in Paludibiomasse für die Bauindustrie. Zudem müsse das Prinzip „öffentliche Geld für öffentliche Güter“ konsequenter umgesetzt werden, sagt Grethe im Interview mit AGRA Europe und verweist auf die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und die Borchert-Kommission, die den Weg in Deutschland vorgezeichnet hätten.

Große Erwartungen hat der Agrarökonom in deren Pendant auf europäischer Ebene, den Strategischen Dialog. Dem Wissenschaftler zufolge müssen Förderpolitik und ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass daraus wirtschaftliche Chancen entstehen. „Landwirtinnen und Landwirte müssen mit Beiträgen zum Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Tierschutz auch angemessene Einkommen erzielen können“, betont Grethe. Er warnt zugleich davor, Biodiversitätsziele für die Landwirtschaft zu schleifen. Der Handlungsdruck werde lediglich nach hinten verschoben.

Ein „European Rural Deal“

Grethe schlägt einen „European Rural Deal“ vor. Die Beiträge der ländlichen Räume zu Nachhaltigkeitszielen wie Klimaneutralität und Stärkung der Biodiversität müssten in konkrete Chancen für die Menschen vor Ort münden. Voraussetzungen dafür seien Investitionen in die Infrastruktur ländlicher Räume, von digitalen Netzen bis zur Mobilität, sowie eine Stärkung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Kultur in den ländlichen Räumen.

Dazu kann zum Beispiel die bessere Beteiligung der Gemeinden an den Gewinnen aus erneuerbaren Energien beitragen. Grethe betont die Chancen für ländliche Räume, die aus der Transformation des Energiesystems, aber auch aus der Nutzung von Biomasse für die Produktion von Materialien resultierten. Außerdem könnte neben dem Forstsektor auch die Landwirtschaft Kohlenstoff im natürlichen System speichern, zum Beispiel in Gehölzen und Böden. Diese sogenannten „negativen Emissionen“ würden in Zukunft stärker nachgefragt werden, und die Gesellschaft werde für sie zahlen. AgE

INTERVIEW MIT PROF. HARALD GRETHERE

Klimaneutralität als Chance

Eine größere politische Aufmerksamkeit für die ländlichen Räume fordert Agora-Direktor Grethe.

Der Direktor von Agora Agrar, **Prof. Harald Grethe**, über eine Wirtschaftspolitik für den Agrarsektor, den anhaltenden Handlungsdruck in der Agrarumweltpolitik und seine Vorschläge für einen European Rural Deal

Herr Prof. Grethe, die Transformation des Energiesystems sei „eine Jahrhundertchance für die ländlichen Räume“, sagen die Landgesellschaften. Haben sie recht?

Ja! Der Ausbau erneuerbarer Energien findet zu einem großen Teil in den ländlichen Räumen statt und bietet Landwirtinnen und Landwirten die Chance, Einkommen zu diversifizieren und zum Klimaschutz beizutragen.

Worin besteht diese Chance?

Für den Ausbau von Windenergie und Photovoltaik braucht es zügig Flächen. Die Freiflächenphotovoltaik hat gegenüber Dach- und Straßen-PV kurzfristig große Kosten- und Geschwindigkeitsvorteile. Für landwirtschaftliche Betriebe mit einem hohen Pachtanteil kann das eine große Herausforderung sein. Für Betriebe mit Flächeneigentum ist es hingegen eine große Chance. Außerdem wird die Verfügbarkeit von günstigem Strom aus erneuerbaren Energien zu einem wichtigen Standortfaktor für wettbewerbsfähige Industrieanstaltungen im ländlichen Raum.

Welche Rolle spielt die Bioenergie?

Die Bioenergie steht zwar aufgrund ineffizienter Wertschöpfungsketten, etwa bei Flüssigkraftstoffen aus Ölsaaten, Getreide und Zuckerrüben für den Straßenverkehr, zu Recht in der Kritik. Dennoch bietet die Bioenergie nach meiner Überzeugung auch Perspektiven, zum Beispiel als Biogas aus der Verwendung von Abfall- und Reststoffen oder Landschaftspflegebiomassen sowie als Biokraftstoff für nicht elektrifizierbare Landmaschinen.

Warum ist eine C 2040 kein Schreckgespenst für die Landwirtschaft?

Fossile Rohstoffe werden in Zukunft eine viel geringere Rolle in unserer Volkswirtschaft spielen. Daraus entstehen Chancen, sowohl aus der angesprochenen Transformation des Energiesystems, aber auch aus der Nutzung von Biomasse für die Produktion von Materialien. Außerdem kann neben dem Forstsektor auch die Landwirtschaft Kohlenstoff im natürlichen System speichern, zum Beispiel in Gehölzen und Böden. Diese sogenannten „negativen Emissionen“ werden in Zukunft stärker nachgefragt werden, und die Gesellschaft wird für sie zahlen.

Man könnte meinen, für die Landwirtschaft brechen goldene Zeiten an...

So einfach ist es leider nicht. Es gibt auch erhebliche Herausforderungen. Ein Großteil der im Jahr 2045 verbleibenden Emissionen wird voraussichtlich aus der Landwirtschaft stammen und mit teuren negativen Emissionen kompensiert werden müssen. Damit steigt der Druck, die Emissionen zu reduzieren. Für die Landwirtschaft geht es darum, die Stickstoffüberschüsse weiter zu senken, um die Lachgasemissionen zu verringern, die Nutztierhaltung gemeinsam mit dem Konsum tierischer Produkte zu verringern und einen Großteil der trockengelegten Moorböden wiederzuverässen. Aber Agrarflächen werden sowohl global wie auch in der EU weiterhin knapp sein. Ein Großteil der Moorböden wird deshalb wirtschaftlich nass genutzt werden, für die Rohstoffproduktion für Baustoffe und Verpackungsmaterialien und für Photovoltaik.

Sie schlagen einen „European Rural Deal“ vor. Worum geht's?

Die ländlichen Räume leisten heute schon viel, und gleichzeitig geht es darum, in Zukunft noch mehr Potenziale zu heben: Dazu zählen Beiträge zur Klimaneutralität, zur Biodiversität, zum Tierwohl und zur Bioökonomie. Damit das gelingt, braucht es die Unterstützung und aktive Gestaltung durch die ländliche Bevölkerung. Insbesondere braucht es auch das Wissen, die Fähigkeiten und die Kreativität der dort ansässigen Unternehmerinnen und Unternehmer, eben auch der Landwirtschaft. Diese Mobilisierung gelingt nur, wenn aus den notwendigen Veränderungen vielfältige wirtschaftliche Chancen und Verbesserungen in der Lebensqualität entstehen.

Was sind die zentralen Ziele Ihrer Idee?

Es geht darum, den politischen Blick auf EU-Ebene stärker auf die ländlichen Räume zu richten und Nachhaltigkeitsziele wie Klimaneutralität und Stärkung der Biodiversität in konkrete Chancen für die Menschen vor Ort zu übersetzen. Idealerweise würde ein solches politisches Projekt mehr als nur die Landnutzungssektoren umfassen.

Mit welchen Maßnahmen sollen die Ziele erreicht werden?

Erstens geht es in der Wirtschaftspolitik für den Agrarsektor darum, in zukunftsorientierte Wertschöpfungsketten zu investieren, etwa in Paludibiomasse für die Bauindustrie. Ebenfalls muss das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ konsequenter umgesetzt werden. Die Zukunftskommission Landwirtschaft und die Borchert-Kommission haben den Weg in Deutschland vorgezeichnet. Leider hat der politische Prozess die Ergebnisse bisher jedoch viel zu wenig aufgenommen. Zweitens geht es um Investitionen in die Infrastruktur ländlicher Räume - von digitalen Netzen bis zur Mobilität. Und drittens geht es darum, öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Kultur in den ländlichen Räumen zu stärken. Dazu kann zum Beispiel die bessere Beteiligung der Gemeinden an den Gewinnen aus erneuerbaren Energien beitragen.

Wie kann europäische Politik der Vielfalt ländlicher Räume Rechnung tragen?

Auf europäischer Ebene kann es nur darum gehen, den Blick stärker auf die strukturellen Herausforderungen und Chancen der ländlichen Regionen zu lenken und entsprechende regulatorische und finanzielle Anreize zu setzen. Konkret gestaltet und umgesetzt werden muss dann auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, um den unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht zu werden.

Während die Zukunft des Green Deals unklar ist, machen Sie mit Ihrem Vorschlag für einen Rural Deal ein neues Fass auf. Überfordern Sie damit Politik und die Brüsseler Institutionen?

Es braucht eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, um die Ziele des Green Deals zu erreichen. Daher ist es so wichtig, dass dadurch Chancen für die ländliche Bevölkerung entstehen und auch als solche wahrgenommen werden. Das sollte die neue EU-Kommission zu einer Priorität machen. Momentan stocken viele wichtige agrarpolitische Projekte. Deshalb ist eine Neuausrichtung erforderlich.

Die Bauernproteste und die anstehende Europawahl haben die Brüsseler Agrarpolitik verändert. Wie bewerten Sie das - als notwendige Neujustierung der Agrarpolitik oder als Rollback der GAP?

Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission für die SUR, den Pflanzenschutzmitteleinsatz in großflächigen Schutzgebieten zu verbieten, war nicht zielführend und hat in der Landwirtschaft verständlicherweise große Widerstände ausgelöst und zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen. Aber das grundsätzliche Ziel der SUR war richtig, nämlich den Pflanzenschutzmitteleinsatz deutlich zu verringern. Diese Herausforderung ist nun hinausgeschoben. Andere Änderungen, wie etwa die Aussetzung der Verpflichtung zu nicht-produktiven Ackerflächen, würde ich eher als Einknickern der Politik kurz vor den Europawahlen einordnen. Damit ist nichts gewonnen. Auch nicht für die praktische Landwirtschaft. Kurzfristig mag sich das als „Gewinn“ anfühlen. Aber die Herausforderungen bleiben bestehen. Der Handlungsdruck wird nur in die Zukunft verschoben und erhöht sich weiter. Das ist gefährlich, denn es braucht dringend konstruktive Lösungen für den Biodiversitätsschutz.

Wie müsste ein Green Deal ausgestaltet sein, dass er von den Betrieben nicht als Bedrohung und Bürokratiemonster, sondern als Chance wahrgenommen wird?

Förderpolitik und ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass daraus wirtschaftliche Chancen entstehen. Landwirtinnen und Landwirte müssen mit Beiträgen zum Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Tierschutz auch angemessene Einkommen erzielen können. Und die Maßnahmen sollten sich an den Zielen orientieren: So sind etwa in unterschiedlichen Agrarlandschaften auch unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität auf Agrarflächen erforderlich.

Braucht es konkrete europäische Zielvorgaben, etwa zur Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln?

Ja, in manchen Politikbereichen wie eben dem Pflanzenschutz ist es wichtig, auf EU-Ebene gemeinsame Ziele zu vereinbaren. Bei der Umsetzung sollte den Mitgliedstaaten aber viel Freiheit eingeräumt werden, denn sie unterscheiden sich sowohl in ihren jeweiligen Problemlagen als auch in ihren administrativen Möglichkeiten. Andere Politikbereiche eignen sich für eine EU-weite Gestaltung, wie etwa die Einbeziehung der Landwirtschaft in einen europäischen Emissionshandel. Bei einer entsprechenden Vergabe von Emissionszertifikaten und begleitendem CO2-Grenzausgleich auf Produkte wie Rindfleisch, Butter und Milchpulver entstünden hierdurch nicht nur Herausforderungen, sondern für viele Betriebe auch Chancen.

Geht Agrarpolitik mit weniger Bürokratie?

Ja, natürlich! Aber mit der grundsätzlichen „Bürokratieschelte“ bin ich vorsichtig. Wir verfolgen Ziele mit der Agrarpolitik und geben dafür Steuermittel aus. Das geht nicht ohne Bürokratie. Wer die Aussetzung der Verpflichtung zu nicht-produktiven Ackerflächen als Bürokratieabbau einordnet, vergisst, dass damit ja auch das Ziel weitgehend über Bord geworfen wurde. Aber natürlich kann und muss Bürokratie abgebaut und ihre Bewältigung erleichtert werden. Dazu gehört auch, an wesentlichen Stellen politisch mutiger zu gestalten. Vorschläge für die einzelbetriebliche Stickstoffbilanzierung und -überschussbegrenzung liegen seit Jahrzehnten auf dem Tisch. Eine rechtzeitige politische Gestaltung hätte viel Bürokratie in der Düngepolitik erspart.

Welche Rolle messen Sie dem Strategischen Dialog bei einer Neukonzeption auf europäischer Ebene bei?

Ich halte das Prinzip der Suche nach fachlich vernünftigen Konsensen unter Beteiligung von landwirtschaftlichen und Umweltverbänden sowie Vertreterinnen und Vertretern weiterer betroffener Gruppen und der Wissenschaft für wichtig. Das hat mit der ZKL und der Borchert-Kommission im Verhandlungsprozess in Deutschland gut funktioniert. In der EU ist es eine noch größere Herausforderung, da dort viele Dachverbände beteiligt sind, die sehr vielfältige Interessen innerhalb der Mitgliedstaaten berücksichtigen müssen. Aber mit dem direkten Zugang zur Spitze der EU-Kommission und einem starken Vorsitzenden sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen gut. Wichtig ist jetzt, dass wir sowohl in den Mitgliedstaaten als auch auf EU-Ebene aus der Polarisierung der Debatten raus- und in Sachfragen weiterkommen.

Was sollten das neue Parlament und die neue Kommission im Hinblick auf den Strategischen Dialog anders machen als die Bundesregierung und der Bundestag bei den Empfehlungen der ZKL?

Für beide ist es zukünftig wichtig, eine stärkere Brücke zwischen den Ergebnissen des Dialogs und der politischen Umsetzung zu bauen. Solche Dialoge dienen dazu, politisches Handeln zu legitimieren. Dieses Handeln muss dann aber auch erfolgen. Viele Mitglieder der ZKL in Deutschland sind enttäuscht, weil selbst hochrangige Gespräche bisher kaum in eine sichtbare Umsetzung gemündet sind. Das schwächt die Bereitschaft, an solchen Dialogen teilzunehmen und stärkt diejenigen, die nicht den Ausgleich, sondern einseitige Interessen priorisieren. Insofern ist es besonders wichtig, dass die neue EU-Kommission ernsthaft an die Ergebnisse des Dialogs anknüpft.

Die letzte GAP-Reform und die agrarpolitischen Diskussionen seither haben gezeigt, dass der gemeinsame Nenner der Mitgliedstaaten immer kleiner wird. Teilen Sie diese Einschätzung?
In Bezug auf die großen Ziele teile ich das nicht: Klimaneutralität, Umwelt- und Biodiversitätsschutz sind in allen Mitgliedstaaten wichtig und werden auch so wahrgenommen. Aber in den spezifischen Herausforderungen und Möglichkeiten gibt es natürlich große Unterschiede. Ich halte den mit der letzten GAP-Reform eingeschlagenen Weg für richtig, den Mitgliedstaaten im Rahmen nationaler Strategiepläne große Handlungsfreiheit einzuräumen. Allerdings muss seitens der EU eine konsequent an den Zielen ausgerichtete Politikgestaltung stärker von den Mitgliedstaaten eingefordert werden.

Müssen wir uns in der Agrarpolitik noch mehr als bisher mit einem „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ abfinden?

Unterschiedliche Geschwindigkeiten in der EU-Agrarpolitik haben wir heute schon. Die EU ist zu groß und zu heterogen für eine einheitliche Agrarpolitik. Es gibt aber Bereiche, wo eine stärker integrierte und gemeinsame Politikgestaltung wichtig und möglich ist – so zum Beispiel bei der Klimapolitik für die Landnutzungssektoren. An anderen Stellen halte ich es aber auch für wichtig, unterschiedliche Geschwindigkeiten zu ermöglichen, etwa bei der Erhöhung des Tierwohlniveaus in Deutschland. Hierfür hat die Borchert-Kommision gute Vorschläge für eine Umsetzung geliefert, die gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Nutztierhaltung in Deutschland erhält.

Was lässt Sie trotz zunehmender Polarisierung zuversichtlich in die Zukunft der EU blicken?

Mich stimmt die tägliche Erfahrung in agrar- und ernährungspolitischen Dialogen positiv, in denen viele Menschen nach vernünftigen Lösungen suchen und in Sachfragen weiterkommen wollen – in Deutschland, aber auch in anderen EU-Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene. So ist es zum Beispiel beeindruckend, wie konstruktiv sich der Dachverband der EU-Junglandwirte und Junglandwirtinnen, CEJA, positioniert. Es geht insofern darum, noch viel stärker als bisher gute, evidenzbasierte Lösungen mit unterschiedlichen betroffenen Gruppen und der Wissenschaft zu entwickeln und die Umsetzung durch die Politik einzufordern. Eine gute Agrar- und Ernährungspolitik kann von allen demokratischen Parteien umgesetzt werden. Diese Parteien werden nach allen Wahlumfragen auch im kommenden EP eine sehr große Mehrheit haben.

Vielen Dank. AgE

„HÖHERE GEWALT“

Weniger Einzelfallprüfungen nötig

Mitgliedstaaten müssen aber die betroffenen Gebiete klar festlegen.

BRÜSSEL. Bei „höherer Gewalt“ sollen Ausnahmen von den Regeln der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) leichter als bisher möglich sein. Dazu hat die Europäische Kommission am Donnerstag (30.5.) eine [Mitteilung](#) angenommen. In dieser erläutert die Behörde die Anwendung von „höherer Gewalt“ und außergewöhnlichen Umständen im Agrarsektor. Ziel ist es unter anderem, auf Einzelfallprüfungen weitgehend zu verzichten. Auch soll eine unionsweit einheitliche Anwendung durch die nationalen Verwaltungen sichergestellt werden. Konkret soll so die Bürokratielast betroffener Landwirte reduziert werden.